I/01-011-20-06-kr
Dezernat/Fachbereich/AZ

17.04.13
Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Kinder- und Jugendhilfeaus- schuss	18.04.2013	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Zuwendungen für Investitionen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zur Schaffung von Plätzen für Kinder unter drei Jahren - Regelungen zur Zweckbindung

- Antrag von Frau Krämer (Mitglied des Kinder- und Jugendhilfeausschusses) vom 10.04.13
- Stellungnahme der Verwaltung vom 16.04.13 (s. Anlage)

01

- über Herrn Beigeordneten Adomat
- über Herrn Oberbürgermeister Buchhorn

gez. Adomat
gez. Buchhorn

Zuwendungen für Investitionen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zur Schaffung von Plätzen für Kinder unter drei Jahren – Regelungen zur Zweckbindung

- **Antrag von Frau Krämer (Mitglied des Kinder- und Jugendhilfeausschusses) vom 10.04.13**
- **Nr. 2136/2013**

Das mit dem am 01.08.13 eintretenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Alter von unter drei Jahren verbundene notwendige Ausbauprogramm stellt die Beteiligten vor eine große Herausforderung. Bisher werden in Leverkusen (einschließlich der bewilligten/in der Umsetzung befindlichen Maßnahmen und der 2. Tranche der Neubaumaßnahmen von Tageseinrichtungen für Kinder durch die WGL) Ausbaukosten in Höhe von rd. 28,5 Mio. € erforderlich, die sich wie folgt aufteilen:

Gesamtkosten:	28,5 Mio. € (100 %)
davon	
Land NRW:	7,4 Mio. € (26,0 %)
Stadt Leverkusen:	20,1 Mio. € (70,5 %)
Freie Träger:	1,0 Mio. € (3,5 %).

Mit Rundschreiben Nr. 42/823-2013 hat der Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt (LVR) den Erlass des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (MFKJKS) vom 22.02.13 zur Kenntnis und Beachtung übersandt. Das MFKJKS zeigt darin auf, dass die im Programmzeitraum 18.10.07 bis 31.12.13 geschaffenen Betreuungsplätze für Kinder im Alter von unter drei Jahren grundsätzlich nach der Fertigstellung als Plätze für unter dreijährige Kinder in Betrieb genommen werden müssen, spätestens zum 01.08.13. Für das Investitionsprogramm 2013-2014 gilt entsprechendes, d. h. die geförderten Betreuungsplätze für Kinder im Alter von unter drei Jahren sind grundsätzlich nach der Fertigstellung, spätestens zum 01.08.14 in Betrieb zu nehmen. Ausnahmen gelten nur, wenn die Betreuungsplätze für die Kinder im Alter von unter drei Jahren erst nach diesen beiden Zeitpunkten fertiggestellt werden. Eine anderweitige Umsetzung stellt einen Verstoß gegen die Förderrichtlinien bzw. die Zweckbindung dar und müsste unmittelbar zur Rückforderung der Investitionsmittel führen.

Eine entsprechende Umsetzung mit Beginn des Kindergartenjahres 2013/14 bzw. 2014/15, zum 01.08.13 bzw. 01.08.14, ist aus Sicht der Verwaltung möglich.

Nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) sind bei der Gruppenform I 20 Betreuungsplätze für Kinder im Alter von

zwei Jahren bis zur Einschulung vorzuhalten, von denen mindestens vier, aber nicht mehr als sechs, unter drei Jahren sein sollen. Bei einer Förderung der Investitionskosten für sechs Betreuungsplätze für Kinder im Alter von unter drei Jahren in einer Betreuungsgruppe der Gruppenform I sind diese auch dauerhaft vorzuhalten. Aufgrund der damit dauerhaft gegebenen Altersmischung in der Gruppenform I mit sechs Kindern im Alter von unter drei Jahren und 14 Kindern im Alter von über drei Jahren kann sich bei durchgängigem „Heraufwachsen“ der Kinder im Alter von unter drei Jahren im Kindergartenjahr 2016/17 die Problemstellung ergeben, dass für vier Kinder im Alter von über drei Jahren Betreuungsplätze planmäßig nicht verfügbar sind. Hier muss dann im Einzelfall eine bedarfsgerechte Lösung gefunden werden. Zum einen kann dabei diese Situation durch eintretende Fluktuationen in den Betreuungsverhältnissen nicht umfänglich gegeben sein. Zum anderen können bis zu zwei Betreuungsplätze für Kinder im Alter von über drei Jahren zusätzlich im Rahmen der gegebenen Struktur geschaffen werden. Soweit anderweitige Betreuungsgruppen für Kinder im Alter von über drei Jahren in der Einrichtung vorhanden sind, ist eine Überleitung des Betreuungsverhältnisses auf diese möglich. Ist im Einzelfall einrichtungsbezogen keine Betreuungsmöglichkeit mehr gegeben, muss auch ein Einrichtungswechsel erörtert werden.

Eine besondere Problemstellung besteht hier für die im Rahmen der 1. Tranche von der WGL geschaffenen vier Betreuungseinrichtungen Ringstraße 73, Kolpingstraße 4, Morsbroicher Straße 79 und Wuppertalstraße 12, da diese eine Altersmischung von 48 u3-Betreuungsplätzen zu 42 ü3-Betreuungsplätzen (Ringstraße und Morsbroicher Straße) bzw. 32 u3-Betreuungsplätzen zu 28 ü3-Betreuungsplätzen (Kolpingstraße und Wuppertalstraße) ausweisen bzw. entsprechend gefördert worden sind. Soweit in folgenden Jahren die notwendigen Betreuungsplätze für Kinder im Alter von über drei Jahren nicht zur Verfügung stehen, muss eine Veränderung des Betreuungsverhältnisses erfolgen. Möglichkeiten sind hierzu grundsätzlich gegeben, z. B. in Hitdorf, durch die unmittelbar neben der neuen Tageseinrichtung für Kinder Ringstraße 73 befindliche Einrichtung Ringstraße 77 des gleichen Trägers. Der dringend notwendigen Bereitstellung von Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von unter drei Jahren zum 01.08.13 ist bei der entsprechenden Umsetzung Priorität eingeräumt worden.

Die im Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Leverkusen vom 10.04.13 geforderten Übergangslösungen können hier aktuell zu keiner Verbesserung führen, da die Problemstellungen erst in späteren Kindergartenjahren gegeben sein werden. Ggf. kann hier in späteren Jahren in eine generelle Erörterung mit dem Zuschussgeber eingetreten werden, wenn der tatsächliche Nachfragebedarf nach Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von unter drei Jahren bekannt ist bzw. sich in den folgenden Kindergartenjahren nach Eintritt des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder dieser Altersgruppe zum 01.08.13 zeigt. Aktuell ist jedoch davon auszugehen, dass alle geförderten Betreuungsplätze für Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Leverkusen auch benötigt werden.

Ansonsten vermag die Verwaltung Ausführungen im Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege teilweise nicht zu bestätigen. Ausgeführt ist dort beispielsweise: *„Oft genug konnten bei neuen Einrichtungen Plätze für ältere Kinder aufgrund der weitgehenden Versorgung nicht hinreichend mit Kinder ab dem 4. Lebensjahr belegt werden. Daraus resultieren häufig sehr starke Jahrgänge der Kinder bis zum 3. Lebensjahr. Diese (zu starken) Jahrgänge werden immer noch in den Einrichtungen betreut – sie belasten eine ausgewogene Altersstruktur und führen dazu,*

dass in einzelnen Jahren nicht die maximale Anzahl an u3-Plätzen belegt werden kann“.

Ein solcher oder ähnlicher Sachverhalt ist der Verwaltung nicht bekannt.

Zum einen gilt der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder im Alter von über drei Jahren seit Jahren. Er richtet sich ausschließlich gegen die Stadt Leverkusen. Nachfragen, auch über das vorgehaltene Betreuungsangebot hinaus, waren dabei durchaus gegeben. Die Verwaltung hat es in der Vergangenheit zwar geschafft, jeden gestellten Rechtsanspruch für ein Kind im Alter von über drei Jahren positiv zu bescheiden, teilweise allerdings nur auf dem Weg von Überbelegungen in den städtischen Tageseinrichtungen. Von nicht ausreichenden Kindern im Alter von über drei Jahren kann von daher bisher in Leverkusen ebenso wenig die Rede sein, wie von einer dadurch bedingten verstärkten Aufnahmenotwendigkeit für Kinder im Alter von unter drei Jahren.

Zum anderen stellt sich die generelle Frage, bei welchen neuen Einrichtungen die aufgezeigte Problematik gegen sein soll. Neue Einrichtungen sind in Leverkusen in den vergangenen Jahren nicht entstanden.

Abschließend ist festzustellen, dass die Vergabe der Betreuungsplätze nach dem Kinderbildungsgesetz und der neuen Altersmischung wesentlich steuerungsintensiver ist, als in der Vergangenheit. Dieser Anforderung müssen sich jedoch alle Träger stellen, die eine öffentlich geförderte Tageseinrichtung für Kinder in Nordrhein-Westfalen betreiben.

gez. Hillen